

HANDBUCH

Hans J. Gießmann  
Bernhard Rinke *Hrsg.*

# Handbuch Frieden

*2. Auflage*

 Springer VS

---

# Handbuch Frieden

---

Hans J. Gießmann · Bernhard Rinke  
(Hrsg.)

# Handbuch Frieden

2., aktualisierte und erweiterte Auflage

Unter Mitarbeit von Andreas Schädel

 Springer VS

*Hrsg.*  
Hans J. Gießmann  
Berghof Foundation  
Berlin, Deutschland

Bernhard Rinke  
Fachhochschule für öffentliche  
Verwaltung NRW  
Duisburg, Deutschland

ISBN 978-3-658-23643-4      ISBN 978-3-658-23644-1 (eBook)  
<https://doi.org/10.1007/978-3-658-23644-1>

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Springer VS

© Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH, ein Teil von Springer Nature 2011, 2019

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlags. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Bearbeitungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Die Wiedergabe von Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen usw. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutz-Gesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Der Verlag, die Autoren und die Herausgeber gehen davon aus, dass die Angaben und Informationen in diesem Werk zum Zeitpunkt der Veröffentlichung vollständig und korrekt sind. Weder der Verlag, noch die Autoren oder die Herausgeber übernehmen, ausdrücklich oder implizit, Gewähr für den Inhalt des Werkes, etwaige Fehler oder Äußerungen. Der Verlag bleibt im Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutionsadressen neutral.

Springer VS ist ein Imprint der eingetragenen Gesellschaft Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH und ist ein Teil von Springer Nature

Die Anschrift der Gesellschaft ist: Abraham-Lincoln-Str. 46, 65189 Wiesbaden, Germany

---

# Deeskalation als Gebot der Stunde

## Ein Geleitwort

In seiner Neujahrsbotschaft 2017/2018 hat António Guterres, UN-Generalsekretär, erklärt: „Ich schlage Alarm – die rote Alarmstufe für unsere Welt“. Er begründete das damit, dass in diesem Jahr sich viele bewaffnete Konflikte verschärft und neue Konflikte ausgebrochen seien. Es habe schreckliche Menschenrechtsverletzungen gegeben sowie Ausbrüche von Fremdenfeindlichkeit, und im globalen Maßstab drohe der Klimawandel außer Kontrolle zu geraten. Das Schrillen der Alarmglocken wird von einem Eingeständnis begleitet. Guterres erinnerte daran, dass er ein Jahr zuvor dazu aufgerufen habe, das Jahr 2017 zu einem *Jahr des Friedens* zu machen. Was sich im Nachhinein als frommer Wunsch erwiesen hat.

Die Welt bleibt weiter aus den Fugen. Der Stellvertreter-Krieg in Syrien fordert permanent neue Opfer und wird immer unübersichtlicher und gefährlicher. Ähnlich die Lage in Libyen und in Jemen. Die Konflikte in Afrika lassen die Fluchtbewegungen anschwellen. Die Opferzahlen beim Überqueren des Mittelmeeres schnellen in die Höhe. Mitten in Europa wird seit 2014 in der Ukraine ein opferreicher Krieg geführt. Und wer redet überhaupt noch über das Schicksal der Rohingya? Die täglichen Schreckensmeldungen, auch von diversen Naturkatastrophen, lassen sich nicht adäquat beantworten. Sie überfordern uns, lösen Reflexe aus, stumpfen die Öffentlichkeit bei den Nichtbetroffenen tendenziell ab. Bei so vielen dramatischen Schauplätzen von Krisen und Konflikten wäre es notwendig, eine Prioritätenliste für das politische Reagieren anzulegen und sich gemeinsam auf diese zu verständigen.

Wer Prioritäten festlegen will, braucht dafür Kriterien. Vieles kommt dabei infrage: Zahl der Opfer und Betroffenen, die humanitäre Dimension, politische Auswirkungen, Eskalationspotenzial, Erfolgsaussichten eines Engagements zur Konfliktlösung. Legt man in Europa diese Kriterien an, landet man schnell beim Ukraine-Konflikt. Ich stelle fest: Das ist ein seit 2004 andauernder Krieg auf europäischem Boden, der bisher mehr als 10.400 Todesopfer gekostet hat. Der Konflikt zerstört nachhaltig die Lebensgrundlagen von vielen Tausend Menschen in der Ostukraine. Das Verhältnis zwischen Russland und dem Westen ist tiefgreifend beschädigt, und aus Sicht des Westens hat Russland die *Europäische Friedensordnung* infrage gestellt. Ohne eine politische Lösung dieses Konflikts scheint eine Renormalisierung des gestörten Verhältnisses zwischen Ost und West nicht vorstellbar. Und die EU hat nicht nur eine militärische Lösung dieses Konflikts ausgeschlossen,

sondern auch Verantwortung für eine politische Lösung übernommen. Sie hat dafür den Mechanismus des sogenannten *Normandie-Formats* auf den Weg gebracht, bei dem neben Russland und der Ukraine auch Frankreich und Deutschland seit 2014 Verhandlungen führen, die bisher zu keinem Durchbruch gelangten, aber immerhin bereits im Februar 2015 mit dem *Minsker Abkommen* einen konkreten Friedensfahrplan vorlegen konnten.

Das Problem ist nur, dass in den Jahren danach kein einziger der 13 Punkte des *Minsker Abkommens* vollständig umgesetzt wurde, nicht einmal der erste Punkt, der beide Seiten zu einem Waffenstillstand verpflichtet. Das bedeutet: Der Krieg auf europäischem Boden setzt sich fort und fordert jede Woche neue Opfer. Das ist nicht nur aus humanitärer Sicht schwer erträglich, das entwertet auch das europäische Prinzip des „Frieden-Schaffens durch Verhandlungen“ und stärkt die Positionen derer, die auf eine militärische Lösung des Konflikts setzen. Die Trump-Administration hat bereits mit der Lieferung von Kriegswaffen an die Ukraine begonnen.

Am meisten beunruhigen muss aber, dass sich aus dem Ukraine-Konflikt im Feld der europäischen Sicherheit ein ungesteuerter Eskalationsprozess entwickelt hat. Russland hält in den Grenzregionen zum Westen bis zu drei Divisionen bereit. Die NATO sah sich veranlasst, auf die Ängste in den baltischen Staaten und in Polen zu reagieren, und stationierte in den vier Grenzstaaten je ein Bataillon und bildete eine 5.000köpfige Schnelle Eingreiftruppe. Längst stehen wir mitten in einem Aufrüstungsprozess und Rüstungswettlauf, sichtbar an dem selbstgesteckten 2%-Ziel der NATO sowie an Putins Ankündigung vom 1. März 2018 zur Neuentwicklung von fünf Atomwaffensystemen mit besonderen Fähigkeiten. Aus Amerika mussten wir Präsident Trumps Absichten zur Entwicklung von *Mini Nukes* zur Kenntnis nehmen. Hinzu kommt das praktisch vollkommene Erliegen von Abrüstungsbemühungen und die Infragestellung bestehender Rüstungskontrollvereinbarungen: Unter anderem haben wir einen Stillstand bei der konventionellen Abrüstung (KSE), Moskau kündigte das Plutonium-Abkommen und bei dem für Europa so wichtigen Bereich der Mittelstreckenwaffen werfen sich beide Seiten Verstöße gegen den INF-Vertrag vor, dessen Bestand infrage steht.

Die Eskalationsspirale dreht sich aber auch in weniger sichtbaren Bereichen. Seit dem Kriegsbeginn 2014 stellen wir einen ständigen Aufwuchs bei den Militärmanövern fest – und zwar sowohl bei der Übungsanzahl wie den Teilnehmerzahlen (Länder und Soldaten) und das auf beiden Seiten. So fand das große russische Manöver „Sapad 17“ im September 2017 viel Beachtung, das gemeinsam mit Weißrussland nahe der polnischen und litauischen Grenze durchgeführt wurde. Moskau deklarierte 12 700 Teilnehmer (ab einer Beteiligung von 13.000 müssen Beobachter der NATO eingeladen werden), der Westen zählte dagegen bis zu 80.000 beteiligte Kräfte. „Rekorde“ werden wohl auch purzeln, wenn die NATO im Oktober/November 2018 zu ihrer nächsten Großübung nach Norwegen einlädt. *Trident Juncture* soll mehr als 50.000 Soldatinnen und Soldaten aus 30 NATO- oder Verbündeten-Staaten aufbringen. Deutschland stellt allein 10.000 Kräfte sowie mehr als 100 Panzer. 2018 wird Deutschland drei Mal so viele Soldaten in solche internationale Manöver entsenden wie 2017. Das Eskalationsrad dreht sich seit 2014 verlässlich in diese Richtung. Fragt man in Moskau oder Brüssel nach einer Begründung für diesen ungebremsten

Aufwuchs, hört man auf beiden Seiten dasselbe: „Wir reagieren nur auf die anderen!“ Es fällt schwer, an dieser Stelle nicht an die Entstehungsgeschichte des Ersten Weltkrieges zu denken, dieser *Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts*, an dessen Ausgang im Jahr 2018 in besonderer Weise erinnert wird.

Es gibt noch andere Aktivitäten, die zu diesem Eskalationsgeschehen beitragen. Jede Woche steigen russische Kampfflugzeuge im Luftraum über der Ostsee und über dem Schwarzen Meer auf, fliegen bis zu den Grenzen der NATO-Staaten und veranstalten Scheinangriffe auf Marineschiffe der NATO. Nicht selten fliegen sie ohne vorherige Ankündigung und ohne Transponder, was dazu führt, dass dann Abfangjäger der NATO-Staaten aufsteigen, um die *Gäste* zu identifizieren und zu begleiten. Es ist zwar über Verhandlungen im NATO-Russland-Rat gelungen, die Anzahl solcher Fälle zu reduzieren. Was aber eher ein Beleg dafür ist, wie wichtig die Wiederherstellung der gesamten militärischen Kooperation im NATO-Russland-Rat wäre, auf die wir immer noch warten müssen. Auf jeden Fall stellt der Ist-Zustand eine erhebliche Gefahr dar, wenn wir an mögliche Fehlreaktionen denken, die zu Kollisionen führen können. Auch hier lehrt uns ein Blick in die Geschichte, dass entsprechende *Zwischenfälle* schon mehr als einmal als Grund oder Vorwand für größere militärische Konflikte gedient haben.

Wir stellen fest: Die politischen Beziehungen zwischen Russland und dem Westen sind heute so angespannt und schwierig wie nie zuvor seit dem Ende des Kalten Krieges. Aus westlicher Sicht stellen die Annexion der Krim und die Unterstützung der Separatisten in der Ostukraine schwere Verstöße dar gegen die *Europäische Friedensordnung*, also gegen die Verpflichtungen aus der *Schlussakte von Helsinki* (1975) und aus der *Charta von Paris für ein Neues Europa* (1990). Diese politische Krise wird ergänzt durch einen mehrschichtigen Eskalationsprozess, den man auf folgende Kurzformel bringen kann: Immer mehr Militärausgaben, ein neuer Rüstungswettlauf, keine Chancen für Abrüstung, Infragestellung bestehender Abrüstungsabkommen, eine ständige Vermehrung und Erweiterung von Militärmanövern und im Alltag eine fortlaufende Bedrohung durch unkontrollierte Flugmanöver.

Für eine Politik, die nach Friedensperspektiven sucht, stellt das eine große Herausforderung dar. Wer diese Entwicklung aufhalten will, muss sich parallel an zwei Aufgaben machen: Bei dem anscheinend unaufhaltsamen Eskalationsprozess gilt es, endlich den Hebel umzulegen und einen Deeskalationsprozess einzuleiten. Und die bisher stagnierenden Bemühungen um eine politische Lösung des Ukraine-Konflikts müssen endlich eine neue Dynamik entfalten.

Zugegeben, man braucht eine große Portion an positiver Phantasie und an Optimismus, wenn man nach Mitteln sucht, den Eskalationsprozess anzuhalten und umzudrehen. Voraussetzung ist die Einsicht, dass eine Fortsetzung der aktuellen Trends zu immer weniger Vertrauen und zu immer mehr Unsicherheit und Kriegsgefahr führt. Einer muss den Anfang wagen und zum Beispiel erklären: „Wir werden in den Jahren 2018 und 2019 nicht mehr und größere, sondern weniger und kleinere Militärmanöver durchführen, und wir tun das als einseitigen Schritt, sind aber jederzeit bereit, darüber wechselseitig verbindliche Vereinbarungen zu treffen.“ Was naiv klingt, ist in Wirklichkeit viel überzeugender, als

jeden eigenen Eskalationsschritt mit dem kindischen Argument „Der andere hat angefangen!“ zu legitimieren. Es gibt tatsächlich auf jeder der genannten Eskalationsebenen Umkehrmöglichkeiten und Alternativen. Das einzige was fehlt, ist der politische Wille dazu. Jede Friedenspolitik muss hier ansetzen.

Ähnliches gilt für die politischen Bemühungen zur Beilegung des Ukraine-Konflikts. Der jetzige Zustand ist unhaltbar: Seit dem 12. Februar 2015 gilt das *Minsker Abkommen* als verbindlicher Friedensfahrplan. Für jeden ist einsichtig, dass ohne die Umsetzung des in Punkt 1 verabredeten Waffenstillstands kein Fortschritt zu erzielen ist. Bei jedem Normandie-Treffen seit 2015 bestätigen die beiden Präsidenten Poroschenko und Putin feierlich die Gültigkeit des *Minsker Abkommens* und ihre Bereitschaft, es umzusetzen. Aber schon am nächsten Tag gehen die Schusswechsel weiter – und zwar auf beiden Seiten. Natürlich ausschließlich als Antwort auf die Verletzungen des Waffenstillstands durch die andere Seite! Das bedeutet, dass es in Wirklichkeit auf beiden Seiten an politischem Willen fehlt, über den Minsker Fahrplan den Konflikt zu beenden.

Längst wäre überfällig, dies auch in der Öffentlichkeit transparent zu machen. Etwa durch Fragen an Präsident Poroschenko nach seinem Feuereinstellungsbefehl und nach der Sanktionierung von Befehlsverweigerern, die trotzdem weiter schießen. Oder an den russischen Präsidenten, der sich selbst als Repräsentant einer globalen *Ordnungsmacht* sieht, mit der Frage, wieso sein Einfluss nicht ausreicht, bei den vollständig von Russland abhängigen Separatisten die Feuereinstellung zu erwirken. Der Vorschlag, eine UN-Blauhelmmission einzusetzen, bleibt solange ein Ablenkungsmanöver, wie sich beide Seiten nicht einmal auf ein mögliches Einsatzgebiet einigen können, geschweige denn auf eine Größenordnung, eine Ausstattung und einen Einsatzbefehl, der eine tatsächliche Durchsetzung des Waffenstillstands möglich machen würde.

Natürlich hat der Ukraine-Konflikt nicht alle Probleme ausgelöst, die wir heute haben, noch wären all diese Probleme bei einer Lösung des Ukraine-Konflikts verschwunden. Die Entfremdung zwischen Russland und dem Westen hat viel früher als 2014 eingesetzt. Die wechselseitigen Vertrauensverluste spiegeln sich auch in den unvereinbaren Wahrnehmungen von politischen Realitäten auf beiden Seiten, den sogenannten *Divergent Narratives*. Wo Dialogversuche noch stattfinden, aber von tiefem Misstrauen geprägt sind, und wo spätestens bei den Fragen gemeinsamer Regelwerke und gemeinsamer Werte die Meinungen sich immer mehr auseinanderentwickeln, braucht es einen langfristigen und nachhaltigen Austauschprozess, um neues Vertrauen wieder aufzubauen. Vielleicht wird das nur möglich sein über einen mehrjährigen umfassenden Konferenzprozess zwischen Russland und dem Westen, wie er in den 70er Jahren unter dem Label *KSZE* erfolgreich erprobt wurde. Die Idee eines *Helsinki II* verdient eine ernsthafte Prüfung.

Um zum Anfang zurückzukehren: Wir leben in einer aus den Fugen geratenen Welt, die vieles infragestellt, auf das wir uns im Bezug auf unsere Sicherheit bisher verlassen haben. Der Bedarf an friedenspolitischen Anstrengungen steigt. Wir brauchen die Erfahrenen und die Kreativen, die Aktivisten in Politik und Gesellschaft und die Ideen und Vorschläge aus der Friedensbewegung. Wir können uns gar nicht leisten, auf die Erfahrungen aus der Vergangenheit, auf die Erkenntnisse der Wissenschaft oder den Mut zu ungewöhnlichen



Vorschlägen jenseits des Mainstreams zu verzichten. In diesem Kontext steht die neue Ausgabe des *Handbuchs Frieden*. Es stellt eine unverzichtbare Hilfe dafür dar, sich als Friedensaktivist fit zu machen für eine Gegenwart, die uns mit ständig neuen Herausforderungen konfrontiert und in der die *Rote Alarmstufe* von António Guterres unser Leben mit schrillen Warnsignalen begleitet, und das leider zu Recht.

*Dr. h. c. Gernot Erler, Staatsminister a. D.*

---

## Vorwort

Vor genau 100 Jahren, am 11. November 1918, endeten mit der Unterzeichnung des Waffenstillstandsabkommens von Compiègne die Kampfhandlungen des Ersten Weltkriegs – in den Worten George F. Kennans, die „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ (Kennan 1979: 3). Die zahlreichen seither erschienenen Statistiken verraten uns nur Ungenaues über die Zahl seiner Opfer. Mehr als neun Millionen Soldaten verloren ihr Leben auf den Schlachtfeldern und in Kriegsgefangenschaften. Kaum erfasst wurden jedoch in den meisten Bilanzen die kriegsbedingten Leiden unter der Zivilbevölkerung, verursacht etwa durch Genozid und Vertreibung, durch die Zerstörung von natürlichen und industriellen Lebensgrundlagen, durch Mangelwirtschaft, schließlich durch Hunger, Krankheiten und Epidemien, wie zum Beispiel die Spanische Grippe. Nach einer Untersuchung des *Centre Robert Schuman* belief sich die Gesamtzahl der von kriegsbedingten Folgen des Ersten Weltkriegs betroffenen Menschen auf mehr als 40 Millionen Personen – 20 Millionen Tote und etwa 21 Millionen Verletzte! Mehr als die Hälfte der Toten befanden sich unter der Zivilbevölkerung.<sup>1</sup>

Die Hoffnung auf dauerhaften Frieden erfüllte sich nach dem Ende des Krieges bekanntlich nicht. Nur zwei Jahrzehnte später sollte mit dem Zweiten Weltkrieg noch viel weitreichenderes Unheil über die Menschheit kommen. Das Deutsche Kaiserreich für den Ersten Weltkrieg wie auch Adolf Hitlers „Drittes Reich“ für den Zweiten Weltkrieg waren für das Entstehen der beiden großen Schlachten des 20. Jahrhunderts hauptverantwortlich. Insofern erscheint rückblickend als kaum fassbares Glück, dass Deutschland nach dem von ihm selbst verursachten Massensterben, seiner verheerenden militärischen Niederlage verbunden mit Zusammenbruch und nationaler Katastrophe, seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs die längste Friedensperiode seiner Geschichte und als deren Teil seine nationale Vereinigung nach Jahrzehnten der Spaltung erleben durfte. Doch wird dies auch weiterhin gelten? Die Jahre der sogenannten Friedensdividende scheinen vorüber. Rüstungsquoten steigen weltweit wieder an, auch Deutschland rüstet mit signifikanten Zuwachsraten auf. Erstmals seit Eintritt in die NATO sind deutsche Soldaten und Waffen in Osteuropa

---

1 <http://www.centre-robert-schuman.org/userfiles/files/REPERES%20-%20Modul%201-1-%20-%20Notiz%20-%20Bilanz%20in%20Ziffern%20des%20Ersten%20Weltkrieges%20-%20DE.pdf>.